

BSU
000345

1578 n. further

VMEI 1364/76

Ke / Zd. A.

15. OKT. 1976

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
Staatssekretär

BSU
000369

Berlin, den 14. 10. 1976
Tel.:

Mitglied des Politbüros
des ZK der SED
Minister für Staatssicherheit
Gen. Generaloberst Erich M i e l k e

B e r l i n

Werter Genosse Mielke!

Wie telefonisch vereinbart, übermittle ich als Anlage
ein Schreiben unseres Botschafters in der SFRJ, Gen.
Ziebart, und einen Aktenvermerk.

Mit sozialistischem Gruß

Herbert Krolikowski

Anlagen



BStU
000370

DER AUSSERORDENTLICHE
UND BEVOLLMÄCHTIGTE BOTSCHAFTER
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
in der SFRJ

Vertrauliche Dienstsache				
Nachweis-Bereich	Lfd.-Nr.	Jahr	Ausf.-Nr.	Blatt
Do Belgr	68	76	1.	2

Staatssekretär und
1. Stellvertreter des Ministers
für Auswärtige Angelegenheiten
Genossen Dr. Herbert Krolikowski

- Nur persönlich!

Berlin

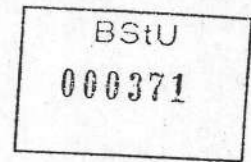
Belgrad, den 11.10.1976

Werter Genosse Dr. Krolikowski!

Der Innenminister der SFRJ, Genosse Franjo Herljević, sprach mich auf unserem Cocktail zum 27. Jahrestag der Gründung der DDR von sich aus in der Angelegenheit Bertz an. In Anwesenheit von zwei weiteren Mitarbeitern des Innenministeriums und des außenpolitischen Beraters des Genossen Bijedić stellte er fest, daß er persönlich leider erst zu spät davon erfahren habe, daß wir diesem Fall eine prinzipielle Bedeutung beimessen. Ihm sei die Angelegenheit zunächst so vorgetragen worden, als ob Bertz wegen seiner Geliebten in der BRD die DDR verlassen wolle.

Ich erwiderte, daß wir unsere Argumentation sowohl dem Innen- als auch dem Außenministerium offiziell vorgetragen und von Anfang an auf den politischen Charakter der Republikfluchten und ihre Hintergründe aufmerksam gemacht haben.

Genosse Herljević bemerkte daraufhin, daß sein Ministerium mit den analogen Organen anderer sozialistischer Staaten einen direkten Kontakt mit entsprechenden Vereinbarungen unterhalte, so z.B. auch über die Auslieferung bei illegalem Grenzübertritt.

- 2 - VD 68/76

Leider haben bisher weder der Bundessekretär des Innern noch seine Mitarbeiter einen direkten Kontakt mit entsprechenden Vertretern der DDR. Er persönlich bedauere das, da über solche direkten Kontakte einige Vorfälle leichter zu regeln seien.

Ich brachte meine Genugtuung über diese Äußerung des Ministers zum Ausdruck und bemerkte, daß ich seinen Vorschlag vertraulich weiterleiten werde.

Genosse Herljević betonte noch einmal, "es wäre gut, wenn wir einen direkten Kontakt auch mit den zuständigen DDR-Organen hätten."

Ich bitte Sie, werter Genosse Dr. Krolikowski, dieses Angebot prüfen zu lassen. Aus Gesprächen mit dem sowjetischen, dem polnischen und dem ungarischen Botschafter weiß ich, daß es zwischen den Innenministerien dieser Länder und Jugoslawien entsprechende Vereinbarungen gibt. M.E. wäre es gut, wenn wir bald und positiv reagieren würden.

Mit sozialistischem Gruß


Z i e b a r t

Botschaft der DDR
in der SFRJ
- Kons. abteilung

00037
11. OKT 1976
408/76

Belgrad, den 24. 9. 1976

Vertrauliche Dienstsache

Nachweis-Bereich	Ufd.-Nr.	Jahr	Ausf.-Nr.	Blatt
Bo Belgj	62	76	1	2

V e r m e r k

über ein Gespräch zwischen dem Leiter der Konsularabteilung der Botschaft der VR Polen in der SFRJ, Gen. Botschaftsrat Kowalcyk, und den Genossen Reißig und Schönebeck am 16. 9. 76

Unser Besuch galt der Verabschiedung des Genossen Reißig und der Vorstellung des Genossen Schönebeck. Im Verlaufe des Gespräches kamen wir auf Fragen der Haltung der jugoslawischen Behörden zu illegalen Grenzübertritten von Bürgern sozialistischer Länder zu sprechen. In diesem Zusammenhang übermittelte uns Genosse K. folgende Information:

Seitens der inneren Behörden der SFRJ ist die Kons. abteilung der Botschaft der VR Polen unterrichtet worden, daß die Grenzorgane der SFRJ vier Bürger der VR Polen wegen illegalen Betretens der SFRJ festgenommen haben. (Die vier Bürger sind illegal aus der VRP über die CSSR und UVR in die SFRJ mit der Absicht gekommen, in ein westliches Land weiterzureisen.)

Die Festgenommenen sind von der jugoslawischen Miliz vom Auffanglager direkt zum Flughafen Belgrad transportiert und den polnischen Genossen zwecks Rückführung nach der VRP übergeben worden (Rückführung erfolgte mit der LOT).

Von den Festgenommenen war eine Person bereits zum 3. Mal in Rf-Versuch verwickelt. Die anderen drei sind weder in dieser Hinsicht noch wegen anderer - auch krimineller Delikte - bisher aufgefallen. Einer der Beteiligten unternahm noch auf dem Flughafen (ca. 5 Min. vor Abflug der Maschine) einen Selbstmordversuch. (Öffnen der Pulsader) Die gesamte Angelegenheit ist jugoslawischerseits vom BSf Inneres abgewickelt worden. Mit der Regelung der Angelegenheit war jugoslawischerseits der Direktor des Auffanglagers für Ausländer beauftragt.

Laut Auskunft des polnischen Konsuls ist eine solche Über-

gabe in diesem Jahr erstmalig erfolgt. Auch in den Jahren 1974 und 1975 sind der polnischen Seite solche Personen vereinzelt übergeben worden. Der polnische Konsul führt diese Maßnahmen auf Absprachen zurück, die der Innenminister der VR Polen im Jahre 1974 mit den zuständigen Stellen der SFRJ geführt hat.

BSU
000373

Verteiler:

MfAA, Gen. Krolikowski
ZK, IV, Gen. Markowski
MfAA, Kons., Gen. Klobes
MfAA, S., Gen. Dr. Burkert
Botschaft

Schönebeck
Schönebeck

I. Sekretär

Anmerkung:

Dieses Beispiel zeigt, daß die SFRJ sich gegenüber der VRP anders verhalten hat als in der Angelegenheit des republikflüchtigen Bertz. Die Ursache dafür dürfte nicht nur auf die im Vermerk erwähnte Absprache der Innenminister beider Länder zurückzuführen sein, sondern m.E. in viel stärkerem Maße auf Vorbehalte bestimmter jugoslawischer Funktionäre zu unserer Politik in der nationalen Frage. Für unsere Argumentation bleibt der interessante Fakt, daß die zuständigen jugoslawischen Organe polnische Staatsbürger, die illegal die jugoslawische Grenze überschritten haben, der VRP ausliefern, ~~ähnlichen~~ DDR-Bürgern dagegen indirekte Unterstützung beim Verlassen unserer Republik erweisen.

Ziebart
Ziebart
Botschafter

Kurzerhand

Ministerium für

Auswärtige Angelegenheiten

HA Konsularische Angelegenheiten

102 Berlin, PSF 101

Ministerium für Staatssicherheit, Genossen Oberst Damm

An

Von

- Mit der Bitte um
- Kenntnisnahme
- Prüfung
- Auswertung
- Stellungnahme
- Mitzeichnung
- Antwortvorlage
- Erfledigung
- Unterschrift
- Bestätigung
- Rücksprache
- Rückgabe / Verbleib
- Wiedervorlage
- bis .

BSiU
000380

Ke
19.12.76

Ramm

10.12.76

Datum

Unterschrift

VD/I 19 (87/11) Ag 106/3054/74

BStU 000381

Quelle: "Službeni list"
vom 12.11.76

Auf der Grundlage des Artikels 44 des Gesetzes über die Ausführung innerer Angelegenheiten in der Zuständigkeit der Bundesverwaltungsorgane ("Službeni list der SFRJ" Nr. 60/71 und 32/75) verabschiedet der Bundesexekutivrat folgende

V E R F Ü G U N G

über die Bewaffnung der Milizangehörigen im Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten.

Artikel 1:

Die Bewaffnung der Milizangehörigen und Milizeinheiten im Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten (im weiteren Text: -Bundessekretariat-) besteht aus Feuerwaffen und Abschlußgeräten für Gas.

Eine Milizeinheit aus Absatz 1 dieses Artikels kann mit gepanzerten und anderen Fahrzeugen mit der entsprechenden Bewaffnung ausgestattet sein.

Artikel 2:

Die Feuerwaffen der Milizangehörigen sowie der Milizeinheiten im Bundessekretariat bestehen aus: Pistolen, Maschinenpistolen, Armeegewehren, leichten Maschinengewehren, Maschinengewehren, Handgranaten und Munition für diese Waffen.

Die Abschlußgeräte für Gas der Milizangehörigen und der Milizeinheiten im Bundessekretariat bestehen aus Gaspistolen und anderen Geräten zum Versprühen von Tränengas sowie Tränengasbomben.

Artikel 3:

Zur Ausübung ihres Dienstes sind die Milizangehörigen im Bundessekretariat mit der Pistole bewaffnet.

Das Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten entscheidet, mit welchen anderen Feuerwaffen oder Abschlußgeräten für Gas aus Artikel 2 dieser Verfügung die Milizangehörigen im Bundessekretariat weiterhin bewaffnet werden.

BSU
000382

- 2 -

Artikel 4:

Der Bundessekretär für Innere Angelegenheiten legt die Typen der einzelnen Arten von Feuerwaffen und Abschußgeräten für Gas sowie gepanzerte Fahrzeuge und andere Fahrzeuge mit der entsprechenden Bewaffnung aus Artikel 1 dieser Verfügung fest.

Artikel 5:

Diese Verfügung tritt am achten Tag nach ihrer Veröffentlichung im "Službeni list der SFRJ" in Kraft.

Belgrad, den 4.11.76

Bundesexekutivrat

stellvertretender Vorsitzender
Dr. Anton Vratuša (eigenhändig)

BSiU 000383

Quelle: "B o r b a" vom 26. 11. 1976, S. 8

Bedeutender Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Selbstschutzes

In Belgrad wurde gestern eine neue wissenschaftliche Forschungsinstitution, das Institut für Sicherheit, feierlich eröffnet. Mit der feierlichen Einweihung und der Schlüsselübergabe an den Direktor Jovan Pepović markierte Franjo Herljević, Bundessekretär für Innere Angelegenheiten, den Beginn der Arbeit dieser Institution.

Der feierlichen Eröffnung wohnten bei der Sekretär des Exekutivkomitees des Präsidiums des ZK des BdkJ, Stane Dolanc, das Mitglied des Präsidiums der SFRJ, Lazar Koliševski, das Mitglied des Exekutivkomitees des Präsidiums des ZK des BdkJ, Ali Sukrija, der stellvertretende Vorsitzende des BER, Dobroslav Čulafić, der stellvertretende Vorsitzende des BER und Bundessekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Miloš Minić, der Bundessekretär für Volksverteidigung, Armeegeneral Nikola Ljubičić, der Bundesstaatsanwalt, Dr. Vuko Goce-Gučetić, der Direktor der Bundeszollverwaltung, Kemal Tarabar, der Chef des Generalstabs der JNA, Generaloberst Stane Potočar sowie Vertreter des gesellschaftspolitischen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens der Föderation, der Republiken und Gebiete und der Organe des Sicherheitsdienstes und der JNA.

In seiner Festansprache sagte Martin Košir, Vorsitzender des Rates des Instituts und Untersekretär im Bundessekretariat für Inneres, u. a., daß die Organe für Innere Angelegenheiten und der Sicherheitsdienst als Bestandteil des Systems des gesellschaftlichen Selbstschutzes in erster Linie in der Funktion der Verwirklichung der Politik des BdkJ beim Schutz der Interessen der Arbeiterklasse und aller grundlegenden Errungenschaften und Werte unserer sozialistischen Selbstverwaltungsgesellschaft wirken. Ihre Tätigkeit begründen sie gleichzeitig fest auf der Verfassung und dem Gesetz. Die Organe für Inneres und der Sicherheitsdienst verfolgen alle gesellschaftlichen Prozesse, sie haben sich völlig in den Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeiten der Sicherheit eingeschaltet und haben selbst einen beachtlichen

BSIU

000384

- 2 -

Beitrag beim Aufbau und bei der Stärkung des Systems des gesellschaftlichen Selbstschutzes geleistet.

Aus diesen allgemeinen Anstrengungen, die die Gesellschaft beim Aufbau und der Stärkung des Systems des gesellschaftlichen Selbstschutzes unternimmt, ist auch das Institut für Sicherheit erwachsen, sagte Košir. Das Institut ist nach den Worten von Košir ein natürliches Ergebnis sowohl der allgemeinen gesellschaftlichen Bestrebungen zur Stärkung unserer Sicherheit als auch des technischen und technologischen Prozesses, der in den Organen des Sicherheitsdienstes bei den in den letzten Jahren geschaffenen kadermäßigen und anderen Möglichkeiten verwirklicht wurde.

In der Festansprache wurde hervorgehoben, daß die kadermäßige und technische Basis des Instituts als wissenschaftliche Forschungsinstitution dank der verstärkten Anstrengungen des Sicherheitsdienstes der Republiken und Gebiete in enger Zusammenarbeit der Armee und einiger wissenschaftlicher Institutionen im Lande geschaffen wurde. Das neueröffnete Institut wird mit seiner Tätigkeit die Entwicklung der Ausrüstung und der technischen Mittel sowohl für den Bedarf der Organe der Sicherheit als auch für den Bedarf der Organistationen der vereinigten Arbeit, der Selbstverwaltungsgemeinschaften, der Staatsorgane und der Institutionen anregen. Das Institut wird auch die Einrichtung für die fachliche Weiterbildung und Spezialisierung der Kader sein und wird später, wie Untersekretär Martin Košir zum Schluß seiner Festansprache sagte, auch Voraussetzungen für das postgraduale Diplomstudium schaffen.

Nach der Festveranstaltung zur Eröffnung des Instituts veranstaltete der stellvertretende Vorsitzende des BBR, Dobrosav Gulafić, einen Empfang, auf dem Lazar Koliševski, Kiro Gligorov, Džemal Bijedić, Stane Dolanc, Nikola Sekulić, Miloš Minić, Nikola Ljubičić, Franjo Herljević und Vertreter der Organe und des Sicherheitsdienstes sowie des gesellschaftlichen Selbstschutzes zugegen waren.

Von der Festveranstaltung wurde ein Brief an Präsident Tito gesandt.

(Tanjug)

(Übers. Ng.)

BSIU
000374

Hauptabteilung IX/9

Berlin, den 16. 2. 1977
4 Expl./ 2. Ausf./hei

130/22

Σ1622177

ke

B e r i c h t

über die Dienstreise in die Sozialistische Föderative Re-
publik Jugoslawien

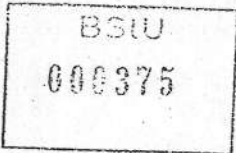
Am 15. 2. 1977 wurde entsprechend dem bestätigten Vorschlag der in einem Ermittlungsverfahren gemäß § 213 StGB von der BVFS Gera bearbeitete SFRJ-Bürger MATEJIC in Belgrad übergeben.

Die Überführung erfolgte ohne Vorkommnisse mit einem Sonderflugzeug, die Übergabe wurde seitens der HA IX durch Oberstleutnant Niebling und seitens der Abteilung XIV durch Oberst Ratajzick und Oberleutnant Bitterlich an das Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten der SFRJ vollzogen. Die Vermittlung der Übergabe/Übernahme war über die Botschaft der SFRJ in der DDR vorgenommen worden.

Bei der Ankunft auf dem Flughafen Belgrad war Inspektor Jestratjevic von der Abteilung Interpol des Bundessekretariats für Innere Angelegenheiten und mehrere Mitarbeiter der Stadtpolizei von Smederevo anwesend. Der Häftling wurde sofort von der Stadtpolizei übernommen und vom Flugplatz abtransportiert.

Genosse Jestratjevic forderte uns → nachdem er sich ausdrücklich bestätigen ließ, daß wir Mitarbeiter des MfS sind - auf, in das Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten zu kommen. Dort wurden wir von dem Leiter der Verwaltung für Grenzangelegenheiten, Ausländer und Reisedokumente Genossen Strumbelj zu einem kurzen Gespräch empfangen.

Genosse Strumbelj brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, nunmehr auch Mitarbeiter der Sicherheitsorgane der DDR be-

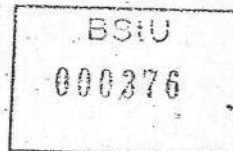


- 2 -

größen zu können. Es sei für ihn der erste Fall einer Zusammenkunft mit MfS-Mitarbeitern. Er betonte, daß im Ergebnis des Staatsbesuches und der dabei geführten Gespräche sich nun eine Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten entwickeln werde. Dafür gäbe es Berührungspunkte und Anlässe, auch im Zusammenhang mit angefallenen Straftätern. Weiter brachte Genosse Strumbelj zum Ausdruck, die Sicherheitsorgane der SFRJ bereiten sich auf das Belgrader Treffen im Juni 1977 vor und hätten dabei große Aufgaben zu bewältigen. In diesem Zusammenhang gäbe es auch für sie Probleme der Bekämpfung feindlicher Aktivitäten. Wie in anderen sozialistischen Staaten - so erklärte er weiter - versuche der Gegner auch in der SFRJ eine sogenannte Bürgerrechtsbewegung zu aktivieren und Disidenten als oppositionelle Kräfte hochzuspielen.

Eine vom kapitalistischen Ausland unterstützte, von ihm nicht näher charakterisierte Gruppe von jugoslawischen Staatsbürgern fordere beispielsweise die Abschaffung einer gesetzlichen Bestimmung, nach der es möglich ist, durch den Entzug des Reisepasses ein Ausreiseverbot aus der SFRJ zu praktizieren. Diese gesetzliche Bestimmung widerspreche, den gegnerischen Argumenten zufolge, dem Korb 3 der KSZE-Schlußakte, den Menschenrechten und besonders dem Prinzip der Freizügigkeit. Er schätzte ein, daß es dem Gegner darum gehe, in der Periode der Vorbereitung der Belgrader Konferenz für seine gegen die sozialistischen Staaten gerichtete Politik Fakten zu schaffen. Alles seien von außen ausgehende Aktivitäten, die darauf gerichtet seien, im großen Maße die sozialistischen Länder zu diskriminieren.

Im Zusammenhang mit den übergebenen Ermittlungsakten äußerte er, daß die SFRJ zwei Arten von Übernahmen bisher praktiziert habe, die Übernahme im Ergebnis von Ausweisungen/Abschiebungen und die Übernahme auf Grund von Rechtshilfeverträgen.



- 3 -

In Bezug auf Übernahmen aus der DDR sei er auch mit beiden Wegen einverstanden und akzeptiere ausdrücklich die vom MfS und vom Generalstaatsanwalt der DDR gewählte Form.

Auf eine entsprechende Frage zu Verfahrensweisen bei in der SFRJ festgenommenen DDR-Bürgern wurde keine prinzipielle Antwort gegeben.

Der beim Gespräch mit anwesende Genosse Jestratjevic erklärte, die bisherige Verfahrensweise zur Einleitung von Überprüfungen bei Festnahmen von DDR-Bürgern sei zu umständlich und nicht geeignet, eine Entscheidung möglicherweise mit zu beeinflussen. Die Abteilung Interpol müsse sich schriftlich an das Bundessekretariat für Auswärtige Angelegenheiten wenden, von dort werde das Überprüfungsersuchen an die DDR-Botschaft weitergeleitet, die ihrerseits entsprechende Maßnahmen bei den zuständigen Organen der DDR veranlasse. Das Ergebnis einer so langwierigen Überprüfung treffe dann in der Regel zu spät ein, da eine Frist von 24 Stunden bestehe, nach deren Ablauf die DDR-Bürger einem Richter vorgeführt oder wieder entlassen werden müßten. Auf diese Weise könne es passieren, daß man einen Kriminellen entlasse.

In diesem Zusammenhang erklärten die Gesprächspartner, daß für weitere Fälle der Zusammenarbeit mit dem MfS die Abteilung Interpol zuständig sei, die dann erforderlichenfalls an andere zuständige Bereiche vermittele.

Auf entsprechende Fragen der Gesprächspartner nach Problemen im Zusammenhang mit Staatsbürgern der SFRJ in der DDR wurde allgemein erklärt, daß Straftaten ihrer Bürger zusammenhängen mit der von der BRD und Westberlin ausgehenden Kriminalität, die verbunden ist mit Staatsverbrechen gegen die DDR. Es wurde hingewiesen auf die Existenz und Tätigkeit krimineller Vereinigungen und Banden und deren Aktivitäten (z. B. Devisen-

BSU

000377

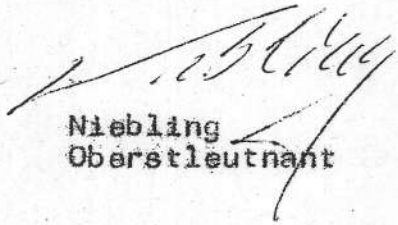
- 4 -

schmuggel, Menschenhandel und Ausnutzung günstiger Reise-
möglichkeiten und Transitmißbrauch) in die auch einzelne
SFRJ-Bürger integriert werden. Daraus werden sich möglicher-
weise weitere Fälle der direkten Zusammenarbeit entwickeln.

Abschließend wurde von uns dem Genossen Strumbelj eine
Ernst Thälmann Plakette aus Meißner Porzellan überreicht.

Es wird eingeschätzt, daß diese Form der Übergabe/Übernahme
generell akzeptiert wird. Daraus können im Zuge der Gegenseit-
igkeit Ansatzpunkte und Möglichkeiten für eventuelle Über-
nahmen von in der SFRJ festgenommenen DDR-Bürgern abgeleitet
werden. Deshalb sollte auf der Grundlage des Rechtshilfe-
vertrages bei weiteren straffällig gewordenen SFRJ-Bürgern
die Übergabe/Übernahme analog praktiziert werden.

Die Beschleunigung der Übermittlung von Überprüfungsergeb-
nissen zu DDR-Bürgern (z.B. über kriminelle Handlungen in
der DDR) an das Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten
könnte im Einzelfall dazu beitragen, die SFRJ-Organen zur
Einleitung eines Auslieferungsverfahrens gegen DDR-Bürger
zu veranlassen.



Niebling
Oberstleutnant

Verteiler

1. Ex. Genosse Minister
2. Ex. Leiter der Abt. X
3. Ex. Leiter der HA IX
4. Ex. HA IX/9

X
gen. L. m. VI ord.

BSU
000368

Aktivitäten jugoslawischer
Emigranten bzw. kroatischer
Faschisten in der BRD

Streng vertraulich

Information A/1621/04/77

Inoffiziell wurde bekannt, daß jugoslawische Emigrantenorganisationen planen, anläßlich des Jahrestages der Ausrufung eines "unabhängigen Staates Kroatien" in den Städten München und Würzburg am 9./10. 4. 1977 Demonstrationen durchzuführen.

Da diese Aktivitäten der Exilkroaten die Beziehungen zwischen der BRD und der SFR Jugoslawien beeinträchtigen, wurde durch den Bundesminister des Innern der BRD angeordnet, daß alle Ausländer, die erkennbar zu diesen Demonstrationen in die BRD einreisen wollen, an der Grenze zurückgewiesen werden.

Die Maßnahmen erfolgen auf der Grundlage des Paragraphen 10, Abs. 1, Nr. 1 und 11 in Verbindung mit Paragraph 18, Abs. 1, Satz 2 des Ausländergesetzes der BRD.

Bei erfolgten Zurückweisungen haben die BRD-Grenzkontrollorgane den Bundesminister des Innern, das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt, Abteilung Terrorismus, zu informieren.

11/7/662/77

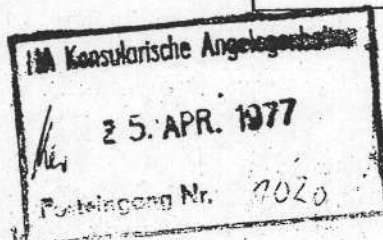
12.4.77

BSIU
000367

Botschaft der DDR
in der SFRJ

BSIU
000365

Belgrad, den 12.4.1977



V e r m e r k

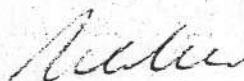
über ein Gespräch mit dem Leiter der Konsularabteilung im
BSFAA, Genossen Aleksandar M a n e t o v i ć

Im Rahmen der Antrittsbesuche führte ich am 12.4.1977 ein
Gespräch mit Genossen Manetović. Während des Gespräches hob
dieser hervor:

1. Durch die Gespräche zwischen den Genossen Honecker und
Tito ist ein gutes politisches Klima für die Entwicklung
der gegenseitigen Beziehungen entstanden. Es versteht
sich, daß auch die konsularischen Beziehungen beider Län-
der von dieser Situation Nutzen ziehen.
2. Die konsularischen Beziehungen haben jedoch nicht nur
die Aufgabe, die offiziellen Kontakte zu erleichtern,
sondern auch zur Entwicklung persönlicher Kontakte bei-
zutragen. Dies könne vor allem durch Erleichterung der
Reiseformalitäten geschehen. Auf diesem Gebiet existie-
ren noch nicht die günstigsten Voraussetzungen. Die DDR
und die UdSSR wenden noch Verfahren an, die sich von
denen anderer sozialistischer Länder unterscheiden.
Wichtig sei auch die Erweiterung des Touristenverkehrs.
3. Auf einigen Gebieten sind einige Verhältnisse noch nicht
geordnet. Zu ihnen könnte man zählen
 - a) die Gewährleistung einer gleichen Stellung der Staats-
bürger in beiden Ländern,
 - b) bestimmte Eigentumsfragen sowie Fragen der Übertragung
von sichtbarem und unsichtbarem Vermögen. Auf diesem
Gebiet könne man sich Expertengespräche vorstellen.

Ich vermied es, konkrete Einzelheiten auf diesen Gebieten zu berühren, um den Rahmen des Antrittsbesuches nicht zu sprengen.

Genosse Manetović gab die Zusage für gute Zusammenarbeit, wie sie insbesondere auch mit den verantwortlichen Genossen der Botschaft in der Vergangenheit bestanden habe. Er stellte mir den DDR-Bearbeiter, Genossen Stefanović, vor.



H a h n
Botschafter

Verteiler:

MFAA, Abt. SOE
MFAA, HA Kons.
MFAA, Abt. II u. V
Botschaft

Ohne Anschreiben

Tgb. Nr. 467178
v. 2.3.78

MfS - H 178-ASR (BV) (KD)

Jlu, den 2.3.78

Abt. X

Tgb.-Nr.

Gen. Hptm. Crull

Enthält Blatt

Betreff: Delegationsbericht MdJ in die STZJ

- 1. Zur Kenntnisnahme
- 2. Zur Stellungnahme
- 3. Zur weiteren Erledigung
- 4. Zur operativen Auswertung
- 5. Zur Bestätigung
- 6. Zum Verbleib
- 7. Mit der Bitte um

BStU
 000396

[Handwritten signature]

- Rückgabe
- Weiterleitung
- Rücksprache
- Anruf

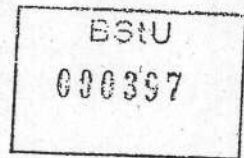
Lohmann

Unterschrift

OSL

Zutreffendes unterstreichen

K 0153 268 500.0



Ministerium der Justiz
Büro des Ministers

Berlin, 15. Februar 1978

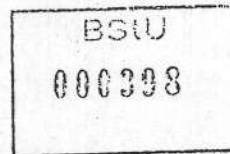
Bericht über die Reise der Delegation des Ministeriums der
Justiz der DDR in die SFRJ vom 23. bis 28. 1. 1978

Auf Einladung des Bundessekretärs für Justiz und Organisation der Bundesverwaltung (Justizminister) der SFRJ, Ivan Franko, besuchte eine Delegation des Ministeriums der Justiz der DDR die SFR Jugoslawien. Der Delegation gehörten an:

- | | |
|------------------------|--|
| Hans-Joachim Heusinger | - Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister der Justiz, Leiter der Delegation |
| Rudolf Baumgart | - Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Büro des Ministers |
| Dr. Klaus Horn | - Direktor des Bezirksgerichts Frankfurt/Oder |
| Willi Hanitzsch | - Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abt. Internationale Beziehungen |

Die Reise erfolgte auf der Grundlage des Protokollbeschlusses des PMR vom 30. 11. 1977 und hatte das Ziel

- zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der SFRJ beizutragen;
- über die Aufgaben, Tätigkeit und Arbeitsweise der Justizorgane beider Länder, besonders auf dem Gebiet der Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität, Informationen und Erfahrungen auszutauschen und
- persönliche Kontakte zu den leitenden Kadern des Justizwesens der SFRJ herzustellen, nachdem letztmalig im Jahre 1970 eine Justizministerdelegation der SFRJ die DDR besucht hatte.



Diese Zielstellung wurde erreicht. Der wesentliche Inhalt der durchgeführten Gespräche und die getroffenen Vereinbarungen über die Fortsetzung des Erfahrungs- und Informationsaustauschs, den Austausch von Fachdelegationen und die Vorbereitung des Besuchs einer Justizministerdelegation der SFRJ in der DDR sind im Schreiben des Ministers der Justiz der DDR an den Vorsitzenden des Ministerrates vom 31. 1. 1978 enthalten. Ergänzend dazu wird nachfolgend über weitere Fragen aus der in der SFRJ vollzogenen Justizreform berichtet:

1. Aufgaben des Bundessekretariats für Justiz und Organisation der Bundesverwaltung (Ministerium der Justiz)

Das Bundessekretariat ist verantwortlich für die Justizverwaltung und die Organisation der allgemeinen Verwaltung der Bundesorgane. Es gliedert sich in die Sektoren

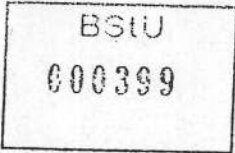
- Justiz und
- Verwaltung.

Der Bundessekretär wird vom Parlament für die Dauer von vier Jahren gewählt. Er kann für weitere vier Jahre gewählt werden, im Ausnahmefall nochmals für vier Jahre. In der Regel erfolgt eine Neubesetzung der Wahlfunktionen nach zwei Wahlperioden (Rotationsprinzip).

Der Sektor Justiz ist für folgende Aufgaben zuständig:

1.1. Gesetzgebung

Im Zuge der Justizreform wurde in den letzten Jahren eine umfangreiche Gesetzgebungsarbeit geleistet. Allein 1977 wurden 12 Gesetzesvorschläge an das Parlament eingereicht. Die Bestrebungen laufen darauf hinaus, die Gesetzgebung den Werktätigen näher zu bringen. Die Teilnahme von Schöffen an den Verfahren, die Tätigkeit der Selbstverwaltungsgerichte und die Vereinfachung der Verfahren sollen die Rechtssicherheit der Bürger erhöhen.



Dem dienen vor allem neue Prozeßvorschriften, die einheitlich in der SFRJ gelten und am 1. 7. 1977 in Kraft getreten sind.

Es wurden neue Gesetze geschaffen über die Grundlagen des Gerichtssystems, den Bundesgerichtshof, den öffentlichen Anwalt (GSta), zum Urheberrecht, über das Verwaltungsverfahren, zur Stellung der Ausländer (einschl. Rechtshilfe) u. a.

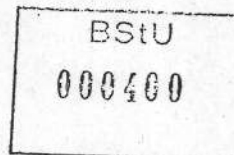
Auf dem Gebiet des Strafrechts wurde das Strafgesetzbuch des Bundes ausgearbeitet. Es enthält die allgemeinen Bestimmungen und die besonderen Tatbestände für Staatsverbrechen, Militärstraftaten und für Verletzung des einheitlichen jugoslawischen Marktes. Alle anderen Straftatbestände und Strafanrohungen sind unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung und der gesellschaftlichen Erfordernisse in den sechs Republiken und zwei autonomen Gebieten, teilweise voneinander abweichend, geregelt worden. Seit dem 1. 7. 1977 gelten somit in der SFRJ neun Strafgesetzbücher.

1.2. Auslieferung an andere Staaten

1.3. Begnadigung

1.4. Analyse und Statistik

Auf Anforderung des Bundesparlaments hat das Bundessekretariat Analysen auszuarbeiten und diese dem Parlament vorzulegen. Gegenwärtig wird beispielsweise analysiert, welche Erfahrungen mit den nach 1974 geschaffenen "Selbstverwaltungsgerichten" gesammelt wurden. Die Analysen werden mit Vorschlägen für die Verhütung von Rechtsverletzungen und die Festigung der Gesetzlichkeit verbunden. Besonders in der analytischen Tätigkeit sehen die jugoslawischen Genossen große Möglichkeiten, die Justiz zu einem bedeutenden Faktor der Gesellschaftsentwicklung zu machen.



1.5. Die Justizsekretariate in den Republiken und autonomen Gebieten haben mit Ausnahme der Auslieferung die gleichen Aufgaben wie das Bundessekretariat. Dazu kommt noch die Verantwortung für den Strafvollzug, die Amnestie, die Schaffung der kadermäßigen, materiellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Tätigkeit der Gerichte sowie für die Kontrolle der Durchführung der Ordnung über die Arbeitsweise der Gerichte. Es gibt keine unmittelbare Leitung oder Anleitung der Gerichte durch die Ministerien des Bundes bzw. der Republiken.

2. Gerichtssystem

Nach der neuen Verfassung der SFRJ wird die Gerichtsfunktion von ordentlichen Gerichten und Selbstverwaltungsgerichten ausgeübt.

2.1. Zu den ordentlichen Gerichten als Organe der Staatsmacht gehören:

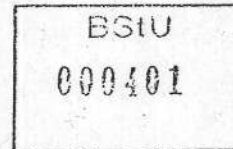
Grundgerichte für Verfahren 1. Instanz (347 Gemeindegerichte und 95 Abteilungen von Gemeindegerichten),

60 Gerichte für territoriale Gerichtsbezirke für Verfahren 1. und 2. Instanz,

35 Wirtschaftsgerichte in Gemeinden oder Gerichtsbezirken, (Diese Gerichte bestehen nicht in allen Republiken. Wo sie fehlen, werden Wirtschaftssachen von den Gemeindegerichten mit erledigt.)

Verwaltungsgerichte in Gemeinden,

Ihre Tätigkeit wird als Mittel gegen die Bürokratisierung angesehen und soll zur Entwicklung und Vervollkommnung der gesellschaftlichen Beziehungen beitragen. Analysen und Berichte, die von den Verwaltungsgerichten dem Parlament zugestellt werden, sind mit Grundlage für die Verabschiedung neuer Beschlüsse zur Entfaltung der Selbstverwaltungsbeziehungen.



8 Oberste Gerichte in den Republiken und Gebieten,
8 Verfassungsgerichte in den Republiken und Gebieten,
1 Bundesgerichtshof.

Zu den ordentlichen Gerichten gehören auch die Militärgerichte.

2.2. Als sogenannte "Selbstverwaltungsgerichte" existieren:

Gerichte der assoziierten Arbeit,
Friedensräte,
Schiedsgerichte,
Schlichtungsräte u. a. Sondergerichte.

Diese Gerichte sind keine Staatsorgane. Sie werden nach Übereinkunft der Parteien tätig. Es handelt sich um eine Art freiwillige Gerichtsbarkeit. Von diesen Gerichten wird über Streitigkeiten entschieden, die sich aus den Selbstverwaltungsbeziehungen ergeben. Das betrifft z. B. die Errichtung, Verbindung oder Teilung von Grundorganisationen assoziierter Arbeit (Betrieben), den Schutz des gesellschaftlichen Eigentums, Ansprüche von Werktätigen aus dem Arbeitsrechtsverhältnis oder Streitfälle zwischen verschiedenen Selbstverwaltungsorganen über ihre wirtschaftlichen Beziehungen. Ziel ist es, die Tätigkeit dieser Gerichte vom juristischen Formalismus zu befreien und zur Vergesellschaftung der Justiz beizutragen. Die ersten Erfahrungen hierzu werden positiv eingeschätzt. Die jugoslawischen Genossen sehen in diesen Gerichten die Tendenz der künftigen Justizentwicklung. Durch ein vereinfachtes Verfahren soll zur Festigung der Selbstverwaltungsdemokratie beigetragen werden. Eine Gleichstellung der Selbstverwaltungsgerichte mit unseren Schieds- und Konfliktkommissionen ist nicht möglich. Sie vertreten immer Interessen einer bestimmten Organisation bzw. eines Betriebes. In ihnen sind Juristen tätig, die von den Selbstverwaltungsorganen für ihre Arbeit bezahlt werden.

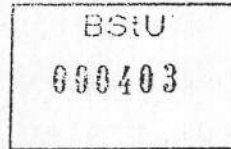
3. Bundesgerichtshof

Durch die Entwicklung der Selbstverwaltung und den föderativen Staatsaufbau hat der Bundesgerichtshof seine Stellung als höchstes Gericht verloren. Seit 1974 werden Verfahren in der Regel in den Republiken beendet. Der Bundesgerichtshof ist nur noch in Ausnahmefällen zuständig, z. B. bei Verbrechen gegen den Staat, Militärverbrechen und bei der Verletzung der Einheitlichkeit des jugoslawischen Marktes. Der BGH entscheidet noch über Streitfragen zwischen dem Bund und den Republiken sowie zwischen den Republiken und bildet eine Art 3. Instanz, wenn über Verletzungen des einheitlichen Wirtschaftsmarktes zu entscheiden ist oder durch Republiksentscheidungen Vorschriften des Bundes mißachtet werden.

Die Richter des Bundesgerichtshofes setzen sich aus Vertretern aller Republiken zusammen und können 8 Jahre tätig sein, Schöffen hingegen nur 4 Jahre.

Am Bundesgerichtshof sind 14 Richter tätig. Er ist in 3 Abteilungen aufgegliedert: Strafrecht, Zivilrecht, Verwaltungsrecht.

Entsprechend der Verfassung und dem Gesetz über den Bundesgerichtshof ist er für die Sammlung und Herausgabe aller prinzipiellen Entscheidungen der Gerichte der Republiken und für den Erfahrungsaustausch verantwortlich. Es werden allgemeine Sitzungen (alle Richter des Bundesgerichtshofes) und gemeinsame Tagungen durchgeführt. An den gemeinsamen Tagungen des Bundesgerichtshofes, die nach Bedarf durchgeführt werden, nehmen alle Richter des Bundesgerichtshofes und je 3 Delegierte der Obersten Gerichte der Republiken sowie des Obersten Militärgerichts teil. Die Themen werden vom Bundesgerichtshof nach gemeinsamer Absprache in den Obersten Gerichten der Republiken und dem Obersten Militärgericht festgelegt. Jede Republik kann jede beliebige Frage vorschlagen und behandeln lassen.



In der letzten Zeit haben sich die Tagungen mit Problemen des Wirtschaftsstrafrechts und der Jugendkriminalität beschäftigt. Hierzu haben die Gerichte Analysen an die Obersten Gerichte der Republiken übermittelt, und diese haben Zusammenstellungen dem Bundesgerichtshof zugeleitet. Dieser erarbeitet Schlußfolgerungen, die jedoch nicht die Bedeutung einer Richtlinie haben. Auch bei abweichenden Meinungen erfolgt keine Abstimmung. Den Richtern ist anheimgestellt, sich an die Empfehlungen des Bundesgerichtshofes zu halten. Die angeblich überzeugende Wirkung dieser Empfehlungen garantiert, daß die Richter nicht davon abweichen.

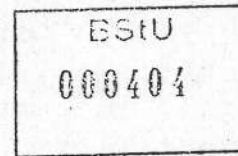
4. Bundesstaatsanwaltschaft

Die föderative Organisation des Landes bezieht sich auch auf die Organisation der Bundesstaatsanwaltschaft. Die Staatsanwälte werden von den entsprechenden Parlamenten, auch in den Gemeinden, gewählt. Die Bundesstaatsanwaltschaft setzt sich aus Delegierten der Republiken und Gebiete zusammen. Die Staatsanwaltschaft hat die Strafverfolgung und die einheitliche Durchsetzung der Bundesvorschriften zu sichern. Die Tätigkeit des Bundesstaatsanwaltes ist in der Verfassung und in dem Gesetz über die Bundesstaatsanwaltschaft geregelt. Die Aufgaben der Republikstaatsanwaltschaften sind in Republikgesetzen festgelegt.

Die Staatsanwaltschaft ist ein organisatorisch und funktionell selbständiges Staatsorgan. In allen Gemeinden, in denen Gerichte bestehen, gibt es in der Regel auch Staatsanwaltschaften. Aus ökonomischen Gründen kann eine Staatsanwaltschaft auch für mehrere Gemeinden zuständig sein.

In der Staatsanwaltschaft bestehen die Abteilungen:

Zivilrecht und Wirtschaftsrecht,
Verwaltungsrecht,
Strafrecht.



Die Bundesstaatsanwaltschaft kann jede Sache übernehmen, für die sie nach Bundesgesetzen zuständig ist. Alle 1 - 2 Monate werden Arbeitstagungen mit den Staatsanwälten der Republiken durchgeführt und gemeinsame Schlußfolgerungen festgelegt, die für alle Staatsanwälte verpflichtend sind. Die Staatsanwaltschaft der SFRJ genießt wegen ihrer guten Vorbeugungsarbeit große Achtung und hohes Ansehen.

Die Zusammenarbeit der Justizorgane wird durch monatliche gemeinsame Sitzungen gewährleistet.

Der Bundesstaatsanwalt beabsichtigt, im II. Quartal 1978 auf Einladung der GStA der DDR unsere Republik zu besuchen.

5. Rechtsanwaltschaft

In der SFRJ wirken ca. 3.000 Rechtsanwälte. Sie haben selbständige oder auch gemeinsame Büros. Sie sind in Advokatenkammern organisiert, und alle Advokatenkammern bilden den Verband der Advokaten.

Es wurde eingeschätzt, daß man in der Arbeit mit den Rechtsanwälten bisher nicht genügend vorangekommen ist.

6. Kaderauswahl

Die jugoslawischen Genossen gehen davon aus, daß der Richter im Sozialismus kein Beamter sein darf, sondern eine wichtige gesellschaftliche Funktion im Auftrag der Verfassung zu erfüllen hat. Es gibt viel Juristen. Ein Teil davon ist arbeitslos. Die Auswahl der für die Justiz geeigneten Kader erfolgt während des Studiums. Die besten Studenten erhalten von den Justizorganen Stipendium. Ein Problem ist der gleichberechtigte Einsatz von Frauen. In Mazedonien sind von 274 Richtern 82 Frauen. Davon übt jedoch z. Z. nicht eine einzige eine leitende Funktion aus. Leitungsfunktionen sind immer noch den Männern vorbehalten.

(741 a) Ag 101/78/3.19.01
10 Expl.

Tgb. Nr. 4461/78

Ohne Anschreiben Ministerium für			
von Auswärtige Angelegenheiten		an MfS	
HA Konsularische Angelegenheiten		Gen. Oberst Damm	
102 Berlin, PSF 401 zwecks			
Rücksprache (pers./telef.)		Entscheidung	<i>Re</i>
Kenntnisnahme		Verbleib	
Erledigung	BSIU	Rückgabe	
Stellungnahme		Weitergabe an	<i>Om</i>
Unterschrift	000351		

Datum 26.10.78 *[Signature]*
 (Unterschrift)

Zutreffendes unterstreichen
 106 04 VV Freiberg Ag 307/72 A 13012 V/19/18 1/1 23 HA-Leiter



BSIU
000352

BOTSCHAFT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
in der SFRJ
- Konsularabteilung -

HA Konsularische Angelegenheiten
25 OKT. 1978
Posteingang Nr. 2324

BEOGRAD.

18.10.1978

Vermerk über ein Gespräch in der Konsularabteilung
des BSfAA der SFRJ

Zeit: 17.10.1978, 13.00 Uhr

Teilnehmer: Gen. Stefanović
Bereichsleiter Sozialist. Länder

Gen. Cipović
Selbstständiger Rat im Bereich

Gen. Schönebeck
Leiter Konsularabteilung

Gen. [REDACTED]
Dolmetscher der Botschaft

Bei dem von uns erbetenen Gespräch wurden folgende Fragen
angesprochen:

1. Nachlaß, [REDACTED]
2. Wiedereinreise in die SFRJ
Jäger, Klaus II. Sekretär

zu 1.) Bezugnehmend auf die Note des BSfAA / Konsular
Nr. 54455/ 4-78 vom 20.09.78 in der Nachlaßsache des
am 15.03.78 verstorbenen registrierten DDR-Bürgers
ersuchten wir um Auskunft, wann mit einer endgültigen
Klärung - Übergabe des Nachlasses - zu rechnen ist.
In der erwähnten Note hatte uns das BSfAA mitgeteilt,
daß

- 1 Armbanduhr
- 1 Radiogerät
- 1.000,- Dinar Bargeld

BSIU 000353

als Nachlaß sichergestellt und dem zuständigen Gemeindegericht übergeben wurden.

Diese Note ist als Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage unsererseits an das zuständige Republiksorgan in Sarajevo zu werten.

Vom Gen. Stefanović wurde die Bitte ausgesprochen, die Übergabe des Nachlasses zu Gunsten der in der DDR lebenden Schwester des Verstorbenen mit Note zu beantragen. ([REDACTED] hinterläßt in der SFRJ keine Angehörigen.)

Wir werden diesem Wunsch in den nächsten Tagen nachkommen.

zu 2.) Wir informierten darüber, daß der II. Sekretär, Gen. Klaus Jäger, unserer Botschaft trotz ordnungsgemäßem Paß - mit Sichtvermerk der Protokollabteilung - am jugoslawischen Grenzübergang in Horgoš (von der UVR kommend) am 04.10.78 die Wiedereinreise wegen "fehlenden Visums" verweigert wurde.

Genosse Jäger mußte, um weitere Schwierigkeiten zu vermeiden, ein "Touristenvisum" erwerben. (Kosten 3,-- N.D.) Die jugoslawischen Gesprächspartner bedauerten die "Fehlentscheidung" der Grenzorgane und baten, dem Gen. Jäger die offizielle Entschuldigung zu übermitteln. Eine Auswertung mit den zuständigen Stellen soll ihrerseits erfolgen.

Gen. Stefanović nahm diese Frage zum Anlaß, um zum wiederholten Male die Notwendigkeit des Abschlusses einer neuen, umfassenden Vereinbarung über die Visafreiheit anzusprechen. Im Laufe der kommenden Woche (23.- 27.10.78) soll mir ein solcher Entwurf übergeben werden. Mit der Bemerkung, daß ich seinen Anruf erwarten werde, nahm ich diese Mitteilung zur Kenntnis.

Die kürzlich erfolgte Auszeichnung des scheidenden jugoslawischen Botschafters in der DDR, wertete Gen. St. als Ausdruck der guten Beziehungen zwischen unseren

BSTU 000354

Staaten und sieht darin die Verpflichtung, im Rahmen der ihm gestellten Möglichkeiten, zum Ausbau der Zusammenarbeit beizutragen.

Als mögliche Gebiete dazu bezeichnete er ein Visaabkommen, ein neues Gesundheitsabkommen und die volle Ausschöpfung der bereits bestehenden Vereinbarungen. (Äquivalenz-Abkommen, Sozialabkommen u.a.)

Abschließend informierte Gen. Stefanović darüber, daß der z. Zt. noch amtierende Leiter der Abteilung, Gen. Krivokapić in den nächsten Tagen offiziell bestätigt werden wird. Gen. K. war bisher in Sofia, Moskau und der BRD in verschiedenen Funktionen tätig. (Zuletzt in Sofia als Botschafter.)

S. Schönebeck
 Schönebeck
 1. Sekretär

Verteiler:

2 x MfAA, HA Kons.

1 x Botschaft, Kons.

1 x SOE

Ne
 24.10.

W. 14. 10.

BSU

000349



BOTSCHAFT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

- Konsularabteilung -

HA Konsularische Angelegenheiten

7. NOV. 1978

2472

Belgrad, den 27.10.78

V e r m e r k

über ein Gespräch im Bundeskomitee für Arbeit, Gesundheitswesen und Sozialschutz

Zeit: 18.10.1978, 13.00 Uhr

Teilnehmer: Gen. Bobarević
Intern. Abteilung / Bereich Gesundheitswesen

Gen. Pavlović
Referent im Bereich

Gen. Schönebeck
Leiter der Konsularabteilung

Gen. [REDACTED]
Dolmetscher der Botschaft

Neben der Übergabe einiger Materialien hatte das Gespräch das Ziel, Informationen über Kaderveränderungen nach der erfolgten Umstruktuiierung zu erhalten.- Beruhte auf früher getroffene Absprachen.-

Genosse Bobarević führte dazu aus, daß endgültige Entscheidungen, obwohl schon für Anfang September geplant, gegenwärtig noch ausstehen. Es ist aber vorgesehen, daß im neuen Bundeskomitee (es erfolgte die Zusammenlegung des Komitees für Arbeit und Beschäftigung mit dem Gesundheitswesen zu einem einheitlichen mit der o.gen. Bezeichnung) als verantwortliche Leiterin für den Bereich Gesundheitswesen die Genossin Mila Djordjić eingesetzt wird. Sie ist damit gleichzeitig einer der Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundeskomitees Genossen Svetozar Pepovski (P. war schon früher Vorsitzender des Komitees für Arbeit und Beschäftigung).

- 2 -

Genossin Djordjić übte bisher die Stellvertreterfunktion im Republiksekretariat für Gesundheitswesen Republik Serbien aus. (Nähere Angaben werden später nachgereicht)

Als Leiter der neuen einheitlichen Abteilung Internationale Verbindungen des Bundeskomitees ist Genosse Zvonko Lucić beantragt worden. L. übte bisher die Funktion eines Stellvertreters des Genossen Pepovski aus.

Genosse Bobarević wird in der Internationalen Abteilung verantwortlich für den Bereich Gesundheitswesen sein.

Anschrift: (Empfehlung)

Bundeskomitee für Arbeit, Gesundheitswesen
und Sozialschutz
Internationale Abteilung
Bereich Gesundheitswesen
Genosse Bobarević

N o v i B e o g r a d

Bulevar Avnoj-a 104

Weitere Maßnahmen wie Verantwortlichkeiten, Befugnisse u.ä. sind in ihren Einzelheiten noch nicht bekannt.

Gen. B. rechnet aber mit keinen großen Änderungen in dieser Beziehung.

Bei nächster Gelegenheit werden wir mit dem Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen Kontakt aufnehmen.

S. Schönebeck
Schönebeck
Leiter Konsularabteilung

Verteiler:

MFAA, HA Kons.
MFAA, SOE
MPG, Intern. Verb.
Staatssekr. f. Arb. u. Löhne, IV
Botschaft/ Konsular

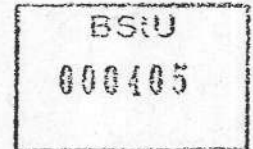
M. W. H. 30.10

HUN-Übersetzung aus "Dorbo" v. 3.11.48

*Re zu den
Übersetzungsarbeiten*

"Gespräch mit Drasko Juriscic, Stellvertreter des Bundessekretärs für Inneres, über die Sicherheit Jugoslawiens"
(ADN-Korrespondent Belgrad)

(gekürzt)



Juriscic:

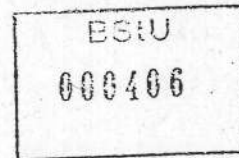
Wir schätzen ein, daß die Situation unseres Landes auf dem Gebiet der Sicherheit sehr gut ist. Von entscheidendem Einfluß ist dabei das sehr günstige gesellschaftliche und politische Klima, geschaffen durch die Aktivität des Bundes der Kommunisten und der anderen organisierten Kräfte. Durch das persönliche Engagement des Genossen Tito bei der Stärkung des Ansehens Jugoslawiens und seinen Beitrag zum Kampf um den Frieden in der Welt. Diese günstige Lage unseres Landes gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß eine Reihe von Ländern von Instabilität, Terror, Gewalt und einem Anwachsen der Kriminalität beherrscht wird.

Frage:

Die internationale Lage ist äußerst kompliziert. Die Gegensätze zwischen den beiden großen militärpolitischen Blöcken werden nicht geringer. Wie wirkt sich die internationale Lage auf die Sicherheit unseres Landes aus?

Antwort:

Wenn auch das Gleichgewicht zwischen den Supermächten einen Krieg nicht völlig ausgeschlossen hat, hält man ihn nicht mehr für das einzige und zweckmäßigste Mittel, um die Ziele zu erreichen.



Als akzeptabelste Art des Wirkens gegenüber anderen Ländern greifen die Großmächte zur Strategie des sogenannten mittelbaren Auftretens. Neben ökonomischem und anderem Druck, dem am häufigsten die nichtentwickelten und Entwicklungsländer ausgesetzt sind, werden auch andere Formen eines "Spezialkrieges" angewandt sowie die sogenannten Lokalen und Stellvertreterkriege.

Die Bestrebungen nach Einflüssen und Präsenz auf unserem Territorium sind permanent. Dieses Interesse ist nicht nur durch die außergewöhnliche strategische Lage unseres Landes motiviert, sondern immer mehr durch die Stellung Jugoslawiens in der internationalen Gemeinschaft sowie durch seine innere politische und gesellschaftliche Entwicklung.

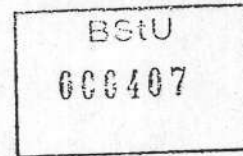
Als Initiator und konsequenter Verfechter der Nichtpaktgebundenheit ist Jugoslawien gegen eine Politik der Stärke. Gerade dadurch stellt es auch ein Hindernis für jede imperialistische und hegemonistische Politik dar...

Frage:

Wie wirkt heute der innere Feind?

Antwort:

Die Tätigkeit des inneren Feindes hat ungeachtet der Unterschiede in den Positionen, von denen aus er wirkt, ein gemeinsames Ziel: Die Untergrabung der Verfassungsordnung der SFRJ. Die Voraussetzungen, auf denen seine feindliche Tätigkeit beruht und in denen er seine Chance sieht, sind meiner Meinung nach die komplizierten politischen und ökonomischen Beziehungen im Lande und die Verschärfung der internationalen Situation.



Die Hauptträger der feindlichen Aktivitäten im Lande sind bestrebt, ihre Aktionen besser zu organisieren. Es gibt auch Bestrebungen nach einer Verbindung zwischen einzelnen Gruppierungen zur Koordinierung ihrer Aktionen.

Frage:

Auf der Beratung in Subotica sagten Sie, daß dem Nationalismus als der gesellschaftlich gefährlichsten Form der feindlichen Tätigkeit ein entschiedener politischer Schlag versetzt worden sei, daß er aber nicht beseitigt sei.

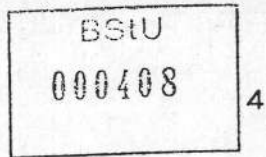
Antwort:

Angesichts der jugoslawischen gesellschaftlichen Gemeinschaft ist jede Form von Nationalismus gleichermaßen gesellschaftlich gefährlich. Das grundlegende Ziel der Nationalisten besteht darin, unsere Völker und Nationalitäten zu entzweien, um so ihre Absichten durchzusetzen.

Seit 1972 wurden einige illegale Gruppchen entlarvt. Die Mehrheit dieser Gruppen war mit der faschistischen Emigration verbunden. In den letzten zwei Jahren wurden die Fälle, illegaler Organisation von Nationalisten und ihren Aktionen seltener, aber noch immer ist ihr verbales Auftreten festzustellen.

Frage:

Wenn wir über den inneren Feind sprechen, erwähnen wir oft die bürokratisch-dogmatische Gruppierung, was können Sie darüber sagen?



Antwort:

Die bürokratisch-dogmatische Gruppierung wird, wie bekannt ist, durch Anhänger des Informbüros und Verbündete von Rankovic sowie Neostalinisten gebildet. In den vergangenen Jahren wandten einzelne auch illegale Arbeitsmethoden an und verbanden sich mit Emigranten des Informbüros. Einzelnen und Gruppierungen, die von bürokratisch-dogmatischen Positionen aus wirkten, wurden starke Schläge versetzt. Seit 1974 wurde das Wirken einiger illegaler Gruppen aufgedeckt und eine Anzahl ihrer Gesinnungsgenossen verurteilt.

Frage:

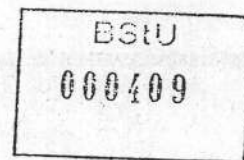
Welche "Plattform" haben die Anarcho-Liberalen und die Liberalen?

Antwort:

Ihre Plattform ist die Negierung der Selbstverwaltung und der führenden Rolle des BdKJ. Sie sind Fürsprecher der bürgerlichen Demokratie bourgeoisen Typs. Ihre Tätigkeit wird durch oppositionelles Wirken in unserer Gesellschaft charakterisiert. Einzelne und Gruppen wurden durch bestimmte reaktionäre Kreise im Westen für ihre Propagandaziele und durch Druck auf unser Land ausgenutzt, wie es während des KSZE-Nachfolgetreffens in Belgrad versucht wurde.

Frage:

Können Sie uns etwas mehr über das Wirken des äußeren und des inneren Feindes sagen?

Antwort:

Der Feind im Ausland und im Lande hofft, daß früher oder später günstige Umstände für die Realisierung seiner Ziele eintreten werden. In diesem Zusammenhang unternimmt er verschiedene Einschätzungen und Spekulationen, indem die feindlichen Kräfte den "günstigen Augenblick" herbeisehnen, nutzen sie die verschiedenen Schwierigkeiten und Widersprüche aus, von denen unsere dynamische Entwicklung objektiv begleitet ist.

Der äußere Feind strebt gemeinsam mit der feindlichen Emigration danach, zwecks unmittelbarer subversiver Tätigkeit den Schwerpunkt seiner Arbeit ins Land zu verlagern.

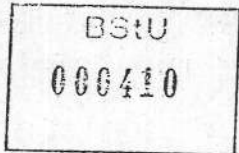
Im Land versuchen einige feindlich ausgerichtete Gruppen und einzelne, von unterschiedlichen politischen Positionen aus zu wirken. Die Verwirklichung ihrer Ziele sehen sie am ehesten in einer Intervention von außen. Gegenwärtig stellen sie eine besondere gesellschaftliche Gefahr dar, der sie unter den gegebenen Bedingungen eine Waffe in den Händen ausländischer Kräfte werden könnten.

Frage:

Wie arbeiten heute die Geheimdienste gegenüber Jugoslawien?

Antwort:

Man muß sagen, daß die Geheimdienste seit langem nicht mehr im Rahmen der sogenannten traditionellen Spionage arbeiten. Die Geheimdienste nutzen heute - oder besser gesagt mißbrauchen - auch zahlreiche sogenannte legale Möglichkeiten. Diese Formen des Wirkens ausländischer Dienste registrieren wir sozusagen täglich.



Das Ziel ist es, möglichst viele Angaben zu erhalten, die dann analysiert werden und auf deren Grundlage Einschätzungen und Prognosen angefertigt werden, die der eigenen Regierung für die Durchführung der Politik gegenüber einem bestimmten Land, einer Partei oder Bewegung dienen. Parallel zur Nutzung der sogenannten legalen Möglichkeiten wird die Aktivität der Geheimdienste auch durch verstärkte illegale Formen des Wirkens charakterisiert...

Sie widmen ihre Aufmerksamkeit der Erforschung aktueller politischer Ereignisse, den Richtungen der Weiterentwicklung des gesellschaftspolitischen Systems, Kaderveränderungen, dem Charakter und Inhalt des Wirkens oppositioneller Elemente, dem System der Sicherheit und Verteidigung des Landes, Angaben über die Situation, die Stimmungen und andere Verhaltensweisen bestimmter gesellschaftlicher Strukturen und einzelner usw.

Außerdem treten die Geheimdienste immer mehr auch als Inspiratoren und Träger der propagandistisch-subversiven Aktivität zutage, die darauf gerichtet ist, Einfluß auf das Bewußtsein, die Entscheidungen und das Verhalten einzelner zu nehmen und ihren Glauben an die grundlegenden Werte und an die Perspektive der Jugoslawischen Sozialistischen Selbstverwaltungsgesellschaft zu schwächen...

Frage:

Welche Aktivitäten unternimmt die feindliche Emigration?

Antwort:

Auf Grund ihrer äußerst antikommunistischen Haltung wird die feindliche Emigration von den reaktionären Kräften im Westen unterstützt. Ihre antijugoslawische Tätigkeit wird in diesen Ländern nicht nur toleriert, sondern sie wird direkt angespornt.

Darin liegt auch das Wesen ihrer gesellschaftlichen Gefahr und nicht darin, daß sie an und für sich eine Kraft darstellt, die die Verfassungsordnung in Jugoslawien bedrohen kann. In den letzten Monaten gab es mehrere provokatorische Aktionen der Emigration, die von ausländischen Kräften angeregt oder unterstützt wurden.

In der gesamten Nachkriegsperiode wandte die faschistische Emigration den Terrorismus als Methode des Kampfes gegen die SFRJ an. Wieviel terroristische Aktionen wurden seit dem Krieg bis jetzt gegen unser Land ausgeübt?

- Von 1945 bis 1977 wurden über 200 gröbere terroristische Aktionen durchgeführt, verhindert wurden einige Hundert. In terroristischen Aktionen kamen 72 einheimische und ausländische Staatsbürger ums Leben, 232 wurden schwer oder leicht verletzt. Verursacht wurde ein beachtlicher materieller Schaden. Durch Maßnahmen der Sicherheitsorgane und anderer Träger des gesellschaftlichen Selbstschutzes wurde eine größere Zahl von Terrorakten verhindert.

3877/80

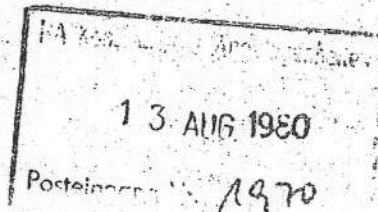
Gen. Damm

BSIU
000412

Damm 13/8

Botschaft der DDR
in der SRJ

Belgrad, den 04. 08. 1980



V e r m e r k

Über ein Gespräch mit dem Stellvertreter des Leiters der
Konsularabteilung der UdSSR-Botschaft in Belgrad,
Genossen Tolkach, am 31. 07. 1980

Gesprächsteilnehmer: Gen. Tolkach
Gen. Pickert
Gen. [REDACTED], Dolmetscherin

Im Verlauf der freundschaftlichen Unterredung, die auf beider-
seitigen Wunsch stattfand, lenkte Gen. Tolkach nach allge-
meinen Erfahrungsaustausch über Konsulararbeit das Gespräch
auf das Problem R-Fluchten.

Er erläuterte dazu folgendes:

Es gibt nach seiner Ansicht keine Zunahme von R-Fluchten,
doch treten sie nach wie vor immer wieder auf. Hauptsächlich
bei einreisenden Touristen.

Gegenwärtig befindet sich bei den jugoslawischen Sicherheits-
organen ein Sowjetbürger, der um "Unterstützung" für die Aus-
reise in das westliche Ausland gebeten habe. Die Jugoslawen
werden dem sicher stattgeben. Das bestätigen die bisherigen
Erfahrungen. Ihm ist bekannt, daß jugoslawischerseits einer
solchen Person geraten wird, sich an eine westliche Botschaft
zu wenden (insbesondere an die Botschaften der USA, BRD und
Kanadas). Die westlichen Botschaften erteilen ausnahmslos die
Einreisegenehmigung für diese Personen.

- 2 -

Die jugoslawischen Stellen unterstützen die sowjetische Botschaft in keiner Weise, damit diese Bürger wieder in die Heimat zurückgeschickt werden können.

Zu diesen Fragen gab es bereits mehrmals Gespräche mit dem Leiter der Abteilung Ausländerwesen und Grenzregime des BSfIA, Genossen Strubelj. Dieser betont zwar seine Bereitschaft, in allen Angelegenheiten behilflich zu sein, doch in solchen Fällen verweist er auf die Konvention für Menschenrechte, die die SFRJ unterschrieben habe, und erklärt sich außerstande Unterstützung zu geben.

In diesem Zusammenhang machte Genosse Tolkatich darauf aufmerksam, daß der zuständige Vertreter der UNO-Organisation für Fragen der Menschenrechte in der SFRJ, ehemals Leiter der Abteilung Ausländerwesen und Grenzregime im BSfIA (Vorgänger von Strubelj) war.

Genosse Tolkatich vertrat die Auffassung, daß sich die Haltung der SFRJ in dieser Angelegenheit nach dem Tode Tábos noch verhärtet habe.

Während des Besuchs von Genossen Kuznaxow in der SFRJ gab es in der sowjetischen Botschaft hierzu eine interne Beratung zwischen Botschafter, Parteisekretär, Konsul und Mitgliedern der sowjetischen Delegation und zwar einen politischen Mitarbeiter im ZK der KPdSU für den Bereich SFRJ und einen Mitarbeiter des UdSSR-Außenministeriums, ebenfalls aus dem Arbeitsbereich SFRJ.

Im Verlauf der Beratung wurde die Frage aufgeworfen, welche Schlußfolgerungen sind von sowjetischer Seite aus all dem zu ziehen? Dabei kam man u.a. zu dem prinzipiellen Standpunkt, der Zentrale in Moskau vorzuschlagen, Touristenreisen aus der SU nach Jugoslawien noch weitgehender einzuschränken. Der sowjetische Botschafter, der in diesen Tagen seinen Urlaub angetreten habe, werde darüber der Staatsführung eine ausführliche Einschätzung geben.

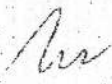
BStU
 000415

- 3 -

Auf meine Frage, ob die jugoslawische Seite im Verlauf der letzten Zeit die Aufhebung der Visapflicht wieder angeschnitten habe, sagte Generalleutnant Tolkatov, daß das nicht mehr geschehen werde. In den letzten offiziellen Beratungen zwischen Vertretern beider Länder habe die UdSSR konsequent zum Ausdruck gebracht, daß sie an einer Änderung der bestehenden Regelungen auf dem Gebiet der Visaverteilung nicht interessiert sei.


 Michlert
 2. Sekretär

- Verteilung:
- 1 x Abtlg. SIII
 - 1 x Hh Konsular
 - 1 x Abtlg. S
 - 1 x Botschaft


 10.8

BS:U
000341

1861

ESTU
000342

00644
1.7.81 13⁰⁵ P

belgrad blitz

R. mit
Gen. Danneberg
u. Gen. Jaurischke

Mi. 1.
VII. 81

ws b 7/12-a 52/81

- gen. erich mielke
- gen. oskar fischer
- gen. dr. krolikowski
- gen. sieber zk iv

im ergebnis des mitte juni in prag stattgefundenen treffens zwischen innenministern sfrj und cssr, herljevic und obsina, sagte jugoslawische seite erstmals unterstuetzung bei verhinderung illegalen verlassens cssr ueber territorium jugoslawiens zu.

herljevic erklaerte, dasz sfrj-organe zukuenftig cssr-buerger bei fehlen entsprechenden tschechoslowakischen visums nicht mehr nach italien, oesterreich oder griechenland ausreisen lassen wuerden.

zur realisierung dieser masznahme wurde vereinbart, dasz paesse der nach jugoslawien einreisenden buerger der cssr ab 1. juli stempel 'gueltig nur fuer sfrj' erhalten.

mit dieser vereinbarung fanden langjaehrige bemuehungen der cssr positiven abschluss.

laut tschechoslowakischer quelle verlieszen nach 1980 rund 5.000 buerger - vorrangig touristen - illegal cssr ueber jugoslawisches territorium.

1981 soll zahl tschechoslowakischer touristen 300.000 erreichen.

hartmann
30.6.

00644 P

Berlin, den 2. Juli 1981

BSIU
000343Notiz

Am 2. 7. 1981 wurde mit dem Leiter des Kabinetts des Genossen Minister OBZINA - Genossen Oberst VLCEK -, der persönlich an den Gesprächen mit der jugoslawischen Seite teilgenommen hat, telefonisch (WTsch) zur RF-Problematik Rücksprache geführt.

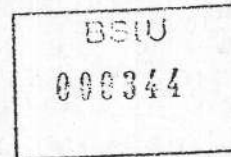
In den 1964 zwischen der CSSR und der SFRJ abgeschlossenen Verhandlungen ist die beiderseitige Verpflichtung enthalten, Bürgern der anderen Seite die Weiterreise in Drittstaaten nur zu gestatten, wenn die Reisedokumente dafür gültig sind.

Die CSSR gab bisher an ihre Bürger Pässe mit dem Gültigkeitsvermerk "für alle Staaten (der Welt)" aus. Um eine Weiterreise in Drittstaaten von der SFRJ aus zu verhindern, werden die Pässe mit einem Einlageblatt (lose) versehen, das den Vermerk enthält, daß der Paß nur Gültigkeit für die Reise nach der SFRJ hat. Die betreffenden Bürger vernichteten in der SFRJ dieses Einlageblatt und holten sich bei der diplomatischen Vertretung eines Drittstaates in Belgrad das Visum für die Weiterreise ein. Damit pasierten sie ungehindert die Grenze, so daß die jugoslawische Seite darauf verweisen konnte, daß ihrerseits keine Möglichkeit bestünde, dies zu verhindern.

Bei den Gesprächen sicherte die jugoslawische Seite (jedoch mit dem einschränkenden Hinweis auf jährlich 20 Millionen einreisende Touristen, die eine rasche Grenzabfertigung erfordern) mündlich zu, CSSR-Bürgern die Weiterreise nach Drittstaaten nicht zu gestatten, wenn aus dem Paß eindeutig hervorgeht, daß der Paß dazu nicht berechtigt.

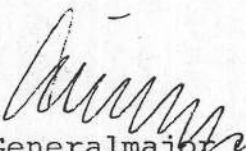
Aus diesem Grund werden als Übergangslösung ab 1. 7. 1981 die CSSR-Pässe von den zuständigen Organen mit einem Stempel "gültig nur für SFRJ" versehen. Ab 1. 1. 1982 werden für Reisen nach der SFRJ spezielle Reisedokumente verausgegeben.

In den letzten 5 Jahren wurden von den jugoslawischen Organen nur in 2 oder 3 Einzelfällen CSSR-Bürger nach der CSSR zurückgeschickt.



Genosse VLCEK verwies darauf, daß es sich um keine besonderen Verhandlungen zu dieser Problematik handelte. Seit 5 Jahren ersuchte die SFRJ um Gespräche auf Ministerebene. Im Präsidium der KPC wurde jetzt die Entscheidung getroffen, diese Gespräche durchzuführen. Das Emigrationsproblem war eines dieser Gesprächsthemen, um Substanz zu haben.

Die CSSR-Seite ist nicht sehr optimistisch, ob von jugoslawischer Seite die Verpflichtung erfüllt wird, wollte jedoch angesichts des starken Touristenverkehrs nach der SFRJ und der angestiegenen Zahl von Republikfluchten keine Möglichkeit ungenutzt lassen.



Generalmajor

Verteiler

1. Expl. - Genosse Minister
2. Expl. - Genosse Generalmajor JÄNICKE
3. Expl. - Leiter der Abteilung X

BStU
000327

1983

733/83

Kurzerhand

Von **Ministerium des Innern**
Abteilung Auslandsbeziehungen

An **Min. f. Staatssicherheit**
Gen. Generalmajor Damm

Mit der Bitte um Kenntnisnahme und ^{Vorweis} ~~Veranlassung~~.

BStU
000338

[Handwritten signature] Ke

Datum: 14.2.83

[Handwritten signature]
Dr. Gollnick
Oberst d. VP

Unterschrift

VD/1 19b

Botschaft Belgrad

Belgrad, den 01.02.1983

BStU

000339

V e r m e r k Über ein Gespräch mit Genossen Dragoljub Mihailović, Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen im Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten, am 03.02.1983, 10.00 - 10.30 Uhr, im BSfIA

Das Gespräch fand auf Wunsch der Botschaft statt.

1. Wir übergaben Referat und Koreferate der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik für die XV. Brandschutzkonferenz sozialistischer Länder 1983 in der Ungarischen Volksrepublik mit der Bitte um Weiterleitung an die zuständigen Organe.

Gen. Mihailović teilte mit, daß es in der SFRJ keine zentrale Leitung der Brandschutzorgane durch das Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten gäbe, sondern der Brandschutz auf der Basis von selbständigen Feuerwahrverbänden der Republiken und Gebiete organisiert sei.

Er sagte aber eine Weiterleitung der Materialien zu.

Gen. Mihailović informierte, daß der SFRJ bereits von ungarischer Seite eine offizielle Einladung zur Teilnahme an der XV. Brandschutzkonferenz zugegangen sei.

Die SFRJ habe aber seit 1968 nicht mehr an derartigen Veranstaltungen teilgenommen und werde - seines Erachtens - auch bei der diesjährigen Konferenz nicht vertreten sein.

2. Genosse Hoffmann nutzte dieses Gespräch zur Vorstellung seiner Person als Leiter der Konsularabteilung der Botschaft. Er dankte für die Unterstützung, die der Konsularabteilung der Botschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch das Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten erwiesen wurde.

BSU 000340

Genosse Mihailovič versicherte, daß das Bundessekretariat auch weiterhin alle notwendige Unterstützung geben wird.

In der weiteren Unterhaltung hoben die Gesprächspartner die zwischen der DDR und der SFRJ bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und die allseitige Zusammenarbeit beider Staaten hervor. Gen. Mihailovič verwies auf die Kontakte zwischen dem Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten und den entsprechenden Ministerien in der DDR. In diesem Zusammenhang erinnerte er an das während des Freundschaftsbesuches einer Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung Erich Honeckers in der SFRJ im Jahre 1977 stattgefundenen Gespräch zwischen dem damaligen Bundessekretär für Innere Angelegenheiten, Genossen Herljevič und Genossen Mielke. Er schätzte ein, daß die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsorganen der SFRJ und der DDR ausbaufähig sei und die SFRJ daran Interesse hätte.

Das Gespräch, an dem Gen. Petzold als Dolmetscherin sowie zwei Mitarbeiter des BSI teilnahmen, verlief in einer freundschaftlichen Atmosphäre.

Hoffmann
Hoffmann
Attaché

Verteiler:

- 1 x MdI, Büro d. Min., Gen. Uhlig ✓
- 1 x MfAA, SOE
- 1 x Botschaft, Kons.

ZOLLVERWALTUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Stellvertreter des Leiters

BSIU
000328

Ke

Ministerium für Staatssicherheit
Genossen Generalmajor D a m m

1130 Berlin
Normannenstraße 22.

F/3395/83

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Fernsprecher	Housruf	Adresse	Datum
		03-05-01 568	2077	1055 Berlin,	Grellstr.	29 Juni 1983
		<u>Nur für den</u>			16/23	
		<u>Dienstgebrauch</u>				

Werter Genosse Damm!

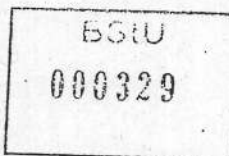
Ich übersende Ihnen anliegend eine Kopie des Berichtes über den Besuch einer Delegation der Zollverwaltung der DDR bei der Bundeszollverwaltung der SFRJ zu Ihrer Kenntnisnahme.

Mit sozialistischem Gruß

Anlage

Arndt
Arndt
Inspekteur

WV Halle Ag 16032/45/75 III/18/96 4835 Best.-Nr. ZV 45



Stellvertreter des Leiters

Berlin, den 29 Juni 1983
03-02-01
Nur für den Dienstgebrauch

B e r i c h t

über den Besuch einer Delegation der Zollverwaltung der DDR
bei der Bundeszollverwaltung der SFRJ

Auf Einladung des Direktors der Bundeszollverwaltung der SFRJ
weilte eine Delegation der Zollverwaltung der DDR vom 20. bis
23. Juni 1983 in der SFRJ.

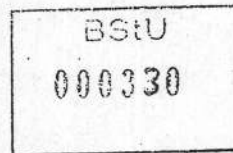
Der Besuch diente der gemeinsamen Beratung von Fragen der
Durchführung des Regierungsabkommens über die Zusammenarbeit
und gegenseitige Unterstützung in Zollfragen sowie der dazu
zwischen beiden Zollverwaltungen abgeschlossenen Durchführungs-
vereinbarung. Die auf der Zusammenkunft behandelten Fragen
sowie die Zusammensetzung der Delegationen sind in das von den
Leitern beider Delegationen unterzeichnete Protokoll aufgenom-
men worden (Anlage).

Die der Delegation gestellte Direktive wurde erfüllt.

Beide Seiten stellten in den Beratungen übereinstimmend und
mit Befriedigung fest, daß sowohl das Regierungsabkommen als
auch die dazu zwischen den Zollverwaltungen abgeschlossene
Durchführungsvereinbarung erfolgreich verwirklicht worden sind
und es keine offenen oder strittigen Fragen gab.

Es wurde hervorgehoben, daß der regelmäßige Informations- und
Erfahrungsaustausch für beide Zollverwaltungen nützlich ist
und der Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses sowie der
Weiterentwicklung der Zusammenarbeit dient.

Die Delegation der Zollverwaltung der DDR übergab eine Infor-
mation über Rechtsverletzungen jugoslawischer Bürger auf dem
Territorium der DDR. Dabei wurde betont, daß diese Rechtsver-
letzungen überwiegend nicht im direkten Verkehr zwischen beiden
Staaten begangen wurden, sondern daß zumeist jugoslawische
Bürger auftreten, die sich zeitweilig außerhalb ihres Landes

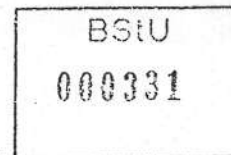


in nichtsozialistischen Staaten bzw. in Westberlin aufhalten und von da aus in oder durch die DDR reisen. Gleichzeitig erfolgte die Übermittlung einiger Erkenntnisse und Ergebnisse der Zollverwaltung der DDR bei der Bekämpfung des Suchtmittelschmuggels.

Die jugoslawische Delegation informierte, daß seit dem letzten Zusammentreffen im Jahre 1982 keine ernsthafte Verletzung der jugoslawischen Zoll- und Devisenbestimmungen durch Bürger der DDR festgestellt worden ist. Sie teilte weiter mit, daß die zollfreie Versorgung von DDR-Schiffen in jugoslawischen Häfen mit Ersatzteilen und Nahrungsmitteln einer Lösung zugeführt wird.

Die jugoslawische Bundeszollverwaltung werde entsprechende Anweisungen erteilen, sobald die im Januar 1983 zwischen Delegationen beider Staaten getroffene Vereinbarung bestätigt wird. Voraussetzung für die zu gewährende Zollfreiheit wird sein, daß die in Frage kommenden Ersatzteile und Nahrungsmittel ihren Ursprung in der DDR haben.

Die jugoslawische Delegation informierte über Ergebnisse der Bekämpfung des Schmuggels, besonders des Suchtmittelschmuggels, und übergab eine namentliche Aufstellung festgestellter Suchtmittelschmuggler, die dem Stellvertreter des Leiters für Fahndungswesen direkt zugeleitet wird. Außerdem wurden einige Grundsätze der Arbeit des Zoll-Labors der SFRJ erläutert, in denen Untersuchungen für die richtige Einordnung der Waren in die Zolltarifnomenklatur und damit für die Bestimmung des Zollwertes durchgeführt werden. Die Delegation der Zollverwaltung der DDR wurde auch mit Änderungen der Zollgesetzgebung der SFRJ vertraut gemacht, die kürzlich wirksam geworden sind. Insbesondere betrifft dies notwendige Konsequenzen aus der GATT-Mitgliedschaft der SFRJ und die Einführung eines differenzierten Systems des Anreizes für jugoslawische Bürger, die nach längerem Auslandsaufenthalt in die SFRJ zurückkehren,



Haushaltsgeräte sowie Maschinen und Ausrüstungen vor allem für die Warenproduktion, zu importieren.

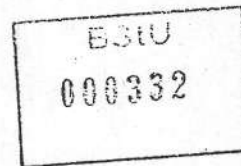
Änderungen erfolgten auch hinsichtlich der Strafpolitik; die Möglichkeiten des Ausspruchs von Strafen durch die Zollverwaltung wurden erhöht.

Die jugoslawische Delegation übergab ein Zollgesetz in der geänderten, gegenwärtig gültigen Fassung. Sie ihrerseits zeigte sich in bezug auf Erfahrungen der Zollverwaltung der DDR besonders interessiert an den gesetzlichen Regelungen der DDR für den nichtkommerziellen Postverkehr und das angewandte Abfertigungsverfahren; dazu wurden entsprechende Erläuterungen gegeben. Darüber hinaus bat die jugoslawische Delegation um die Übermittlung einer entsprechenden schriftlichen Information ebenso wie um die Zurverfügungstellung einer aktuellen Wechselkursliste.

Der Delegation der Zollverwaltung der DDR wurde Bildmaterial über festgestellte Schmuggelverstecke vorgeführt; darüber hinaus wurden das Zollamt Zrenjanin und die dazugehörige Zolldienststelle Srpska Crnja, Grenzübergang SFRJ-SRR, aufgesucht und kurze Besuche im Belgrader Außenhandelsunternehmen Rudnap sowie in der Teppichfabrik von Zrenjanin organisiert.

Die geführten Beratungen verliefen in einer sachlichen und aufgeschlossenen Atmosphäre.

Der Direktor der Bundeszollverwaltung der SFRJ, Genosse Poscic, nahm unmittelbar nach Rückkehr von einer Auslandsreise Gelegenheit zu einem Gespräch mit der Delegation. Nachdem ihm die Grüße sowie der Wunsch des Leiters der Zollverwaltung der DDR - verbunden mit einer nochmaligen Erläuterung der Gründe dafür, daß Genosse Chefinspekteur Stauch nicht persönlich die



Delegation leiten konnte - zu einem baldigen persönlichen Kennenlernen übermittelt wurden, erwiderte Genosse Poscic, daß dies vollständig auch mit seinen Wünschen übereinstimmt. Dabei hob er hervor, daß die DDR das einzige Land sei, mit dem ein Regierungsabkommen Jugoslawiens zu Zollfragen besteht, das er in seiner Eigenschaft als Direktor der Bundeszollverwaltung noch nicht besucht hat. Aus seiner Reaktion konnte geschlossen werden, daß er gern einer Einladung zu einem Besuch bei der Zollverwaltung der DDR eventuell auch unabhängig vom nächsten regulären Treffen beider Seiten, das für 1984 vorgesehen wurde, Folge leisten würde.

Der Botschafter der DDR in der SFRJ, Genosse Ralf Hartmann, gab für beide Delegationen ein Mittagessen; er beauftragte den Leiter der Konsularabteilung, Genossen Hoffmann, mit der Teilnahme an den Beratungen. Es kann eingeschätzt werden, daß der Besuch auch zur Festigung der Beziehungen der DDR-Botschaft zu den jugoslawischen Zollorganen beigetragen hat.

Anlage

A7
Arndt
Inspekteur

BSU
000333

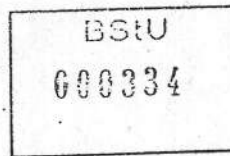
P r o t o k o l l

über die III. Zusammenkunft zwischen Vertretern der Zollverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik und Vertretern der Bundeszollverwaltung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 20. bis 23. Juni 1983 in Belgrad

Auf der Grundlage der Festlegungen des Artikels 11 des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in Zollfragen fand auf Einladung der Bundeszollverwaltung der SFRJ vom 20. bis 23. Juni 1983 in Belgrad die III. Zusammenkunft von Vertretern der Zollverwaltungen beider Länder statt.

Der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik gehörten an:

1. Günther Arndt, Stellvertreter des Leiters der Zollverwaltung,
2. Rolf Gärtner, Leiter der Abteilung Internationale Angelegenheiten,
3. Theo Hoffmann, Leiter der Konsularabteilung der Botschaft der DDR in der SFRJ.



Der Delegation der Bundeszollverwaltung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gehörten an:

1. Milenko Nikolić, Stellvertreter des Direktors der Bundeszollverwaltung,
2. Vido Popadić, Leiter des Dienstes für Schmuggelbekämpfung in der Bundeszollverwaltung
3. Milorad Djokić, Selbständiger Berater für Angelegenheiten der Zolllaboratorien
4. Radmila Gradinski, Beraterin für internationale Zollzusammenarbeit,
5. Vesna Hreljac, wissenschaftliche Mitarbeiterin für Fragen des Zollrechts und der Zollverfahren.

Auf der Zusammenkunft wurde die folgende Tagesordnung angenommen:

1. Zusammenarbeit zwischen den Zollverwaltungen der DDR und der SFRJ bei der Durchführung des Abkommens,
2. Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der Schmuggelbekämpfung,
3. Austausch von Informationen über die Zollvorschriften beider Länder,
4. Verschiedenes.

BSU

000335

3

Zu 1.

Im Zeitraum seit der letzten Zusammenkunft wurde das Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der SFRJ über die Zusammenarbeit in Zollfragen erfolgreich durchgeführt. Mit Zufriedenheit wurde festgestellt, daß es weder offene noch strittige Fragen bei seiner Anwendung gab.

Zu 2.

Beide Delegationen tauschten Informationen und Erfahrungen über die Ermittlung und Bekämpfung von Zoll- und Devisenvergehen im Zeitraum seit der letzten Zusammenkunft aus. Insbesondere wurde auf Erfahrungen bei der Ermittlung von Rauschgiftschmugglern eingegangen.

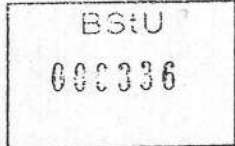
Der Delegation der Zollverwaltung der DDR wurde eine Liste von Rauschgiftschmugglern übergeben, die 1982 von den Zollorganen der SFRJ ermittelt wurden.

Die Delegation der Bundeszollverwaltung der SFRJ hat hervorgehoben, daß im Zeitraum seit der letzten Zusammenkunft kein Fall eines Verstoßes gegen die Zollvorschriften der SFRJ durch einen Staatsbürger der DDR festgestellt wurde.

Der Delegation der Bundeszollverwaltung der SFRJ wurde eine Liste jugoslawischer Staatsbürger übergeben, die auf dem Territorium der DDR Verstöße gegen die Zollvorschriften begangen haben.

Zu 3.

Die Delegation der Zollverwaltung der DDR hat dargelegt, daß es im Zeitraum seit der letzten Zusammenkunft keine Änderungen der Zollvorschriften der DDR gegeben hat.



Die Delegation der Bundeszollverwaltung der SFRJ informierte über die neuesten Änderungen und Ergänzungen des Zollgesetzes der SFRJ und anderer, damit im Zusammenhang stehender Vorschriften, die vom Bundesexekutivrat, dem Bundessekretär für Finanzen und dem Direktor der Bundeszollverwaltung erlassen wurden.

Der Delegation der Zollverwaltung der DDR wurde ein Exemplar des Zollgesetzes der SFRJ mit allen enthaltenen Änderungen übergeben.

Die Delegation der Zollverwaltung der DDR wurde über die Organisation und Rolle der Zolllaboratorien in der SFRJ informiert.

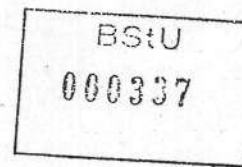
Die Delegation der Bundeszollverwaltung der SFRJ hat die Delegation der Zollverwaltung der DDR gebeten, eine Wechselkursliste zu übermitteln, nach der in der DDR der Umtausch ausländischer Währungen erfolgt. Zugleich wurde der Delegation der Zollverwaltung der DDR eine Wechselkursliste überreicht, nach der in der SFRJ der Umtausch ausländischer Währungen erfolgt.

Auf Ersuchen der Delegation der Bundeszollverwaltung der SFRJ wird die Zollverwaltung der DDR eine Information über das Zollabfertigerungsverfahren der DDR bei der Ein- und Ausfuhr von Waren im Postverkehr übermitteln.

Die Delegation der Zollverwaltung der DDR wurde in Kenntnis gesetzt, daß sich die Frage der zollfreien Versorgung von DDR-Schiffen in jugoslawischen ^{See-}Häfen mit Nahrungsmitteln und Ersatzteilen aus der DDR in der Phase der Klärung befindet.

Zu 4.

Während des Aufenthaltes in der SFRJ besuchte die Delegation der Zollverwaltung der DDR das Zollamt Zrenjanin und den Grenzübergang Srpska Crnja an der jugoslawisch-rumänischen Grenze



5

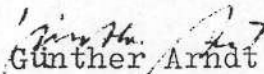
und machte sich dabei mit der Tätigkeit der Gebietszollbehörden vertraut.

Es wurde beiderseitig vereinbart, daß die IV. Zusammenkunft der Vertreter der Zollverwaltung der DDR und der Bundeszollverwaltung der SFRJ in der Deutschen Demokratischen Republik stattfinden wird. Termin und Ort dieser Zusammenkunft werden nachträglich von den Zollverwaltungen beider Länder vereinbart.

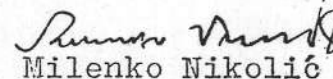
Die Gespräche zwischen den beiden Delegationen verliefen im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen und trugen zur Vertiefung der gegenseitigen Zusammenarbeit zwischen den Zollverwaltungen der DDR und der SFRJ bei.

Ausgefertigt in Belgrad am 22. Juni 1983 in zwei Original-exemplaren, jedes in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

FUR DIE ZOLLVERWALTUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN
REPUBLIK


Günther Arndt

FUR DIE BUNDESZOLLVERWALTUNG
DER SOZIALISTISCHEN FÖDERA-
TIVEN REPUBLIK JUGOSLAWIEN


Milenko Nikolić